



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

**STRASSE. SCHIENE.
KINDERWAGEN.**

NRW zurück in die Spur bringen



*am 10. und 11. September 2016
in Hückelhoven #nrwtag52*



**„Zwischen Kindern und Karriere – Familienpolitik
zur Entschleunigung der Rushhour des Lebens“**

**Beschluss zum 52. JU NRW-Tag
am 10./11. September 2016 in Hückelhoven**

Zwischen Kindern und Karriere

Familienpolitik zur Entschleunigung der Rushhour des Lebens

1. Einleitung

Für die JU NRW ist Familie die erste und wichtigste Gemeinschaft, das Fundament unserer Gesellschaft. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerechtigkeit und Liebe vermittelt werden. In ihr reift der Mensch zur Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt, die sich aus dem christlichen Menschenbild ableiten lassen – seine unveräußerlichen Würde und seine Mitmenschlichkeit. Familie ist das zuverlässigste soziale Netz, denn Familie bleibt ein Leben lang bestehen.

Eine Mehrheit der jungen Menschen in Deutschland sieht dies ähnlich. Die 17. Shell-Jugendstudie 2015 hat belegt, dass die Familie für Jugendliche einen hohen Stellenwert hat – einen weit höheren als die berufliche Karriere: Über 90 Prozent meinen, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürfen. Zeitgleich ist jedoch der Kinderwunsch zurückgegangen – insgesamt wünschen sich derzeit 64 Prozent der Jugendlichen Kinder, 2010 waren es noch 69 Prozent. Diese Entwicklung ist für unsere Gesellschaft dramatisch. Eine Geburtenrate von derzeit 1,5 Kindern je Frau führt dazu, dass jede nachfolgende Generation fast um ein Drittel kleiner als die vorherige sein wird.

Eine Ursache für diese Diskrepanz zwischen Wertschätzung von Familie und eigenem Kinderwunsch liegt darin, dass einige junge Menschen sich mit den Anforderungen, die in der Lebensphase zwischen 17 und 40 an sie gestellt werden, überfordert und allein gelassen fühlen. Ausbildung bzw. Studium, Berufseinstieg und -aufstieg, berufsbedingte Umzüge, stabile Beziehungen eingehen und pflegen, Kinder bekommen und großziehen sowie ggf. bereits die Pflege der Eltern – alles fällt in diese Jahre, in die „Rushhour des Lebens“. Ein möglicher Ansatz gegen geringe Geburtenraten und das steigende Alter bei der Geburt des ersten Kindes könnte also in der Entschleunigung dieser Lebensphase liegen. Mit den folgenden Positionen bekennt sich die JU NRW zu politischen Instrumenten, die zu dieser Entschleunigung beitragen sollen. Wir wollen Familien in jeder Lebensphase fördern, die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung,

Studium und Beruf stärken und jungen Menschen die Entscheidung zur Familiengründung erleichtern.

2. Von Rabenmüttern und Helikoptereltern: Wandel im politischen Diskurs um Familienleitbilder

Was Familien leisten, wird jedoch von der Gesellschaft häufig als Selbstverständlichkeit und nicht als Leistung wahrgenommen. Dass sie Kinder aufziehen, die zum einen als emotional stabile, zugewandte Persönlichkeiten später ihrerseits Aufgaben in Familie und Beruf wahrnehmen und somit unsere Gesellschaft gestalten sollen und zum anderen ganz faktisch einen Beitrag zu den Sozialsystemen leisten, wird als selbstverständlich, im Zweifel als „Privatvergnügen“ erachtet. Andersherum kann das, was in den Familien versäumt wird, von keinen staatlichen Institutionen in vergleichbarer Weise kompensiert werden. Die Liebe und Zuwendung, die Kinder in ihrer Kernfamilie als stabilisierende Basis für eine altersgerechte psychische als auch physische Entwicklung erfahren und benötigen, ist unersetzbar.

Zu dieser gesellschaftlichen Geringschätzung kommt vielfach eine feste Vorstellung, wie Familien zu leben haben. Diese kulturelle vorgegebene Definition dessen, was ein „normales“, „richtiges“ oder „gutes“ Zusammenleben als Familie ist, stellt vor allem an junge Familien, Mütter und insbesondere an alleinerziehende Elternteile, sehr hohe und kaum erfüllbare Anforderungen. Dieser Umstand erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich und verringert die Bereitschaft zum Kinderkriegen in Deutschland. Die gesellschaftlichen Wertungen reichen von Rabenmüttern bis zu Helikoptereltern; nur es richtig zu machen, scheint fast nicht möglich zu sein. Dieser Umstand erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich und reduziert sowohl Frauenberufstätigkeit als auch die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, in Deutschland. Es ist eine zentrale Schwäche, dass die Politik der heutigen Vielfalt des Familienlebens nicht gerecht wird. Nachdem lange Zeit das Leitbild des erwerbstätigen Vaters und der Mutter als Hausfrau bestimmend war, müssen nun Wege gefunden werden, die Wünsche von Vätern nach stärkerer familiärer und die von Müttern nach stärkerer beruflicher Teilhabe noch besser zu fördern. Dabei ist es nicht das Ziel der JU NRW irgendeine Art der Aufgabenteilung zu verurteilen. Wahlfreiheit soll uns das zentrale Leitmotiv einer modernen Familienpolitik sein.

Die JU NRW setzt sich innerhalb der CDU Nordrhein-Westfalen für die innerparteiliche Diskussion um das Familienbild der Union und eine an den heutigen Realitäten ausgerichtete Familienpolitik ein.

3. Politische Instrumente der Familienförderung

Neben der gesellschaftlichen Anerkennung für die Leistung von Familien kann eine Reihe von Maßnahmen die Förderung von Familien flankieren und zur Entschleunigung der Rushhour des Lebens beitragen. Die maßgeblichen Parameter hierbei sind gesellschaftliche Anerkennung, Zeit, Geld und Infrastruktur.

a) Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf

Das A und O für die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Studium oder Beruf sind ausreichende, qualitativ hochwertige, flexible und bezahlbare Betreuungsstrukturen. Eltern können nur dann engagiert in ihrem Beruf arbeiten, wenn sie sicher sein können, dass ihre Kinder währenddessen gut aufgehoben sind. Der Wiedereinstieg in das Berufsleben der erziehenden Eltern ohne Nachteile muss gesichert werden. Unter der rot-grünen Landesregierung ist der Ausbau der U3-Plätze in Nordrhein-Westfalen jedoch nur schleppend vorangekommen: Seit 2010 wurden gerade einmal 28.000 neue Plätze geschaffen. Das reicht nicht! Die Betreuungsquote liegt derzeit bei gerade einmal 25,8 Prozent, obwohl der Bedarf nachweislich höher ist. Das ist die niedrigste Quote aller Bundesländer. NRW hat mit 160.000 Geburten pro Jahr hier einen dringenden Handlungsbedarf. Darüber hinaus ergibt sich oftmals die Situation, dass der U3-Ausbau offenbar zu Lasten des Ü3-Ausbaus geht und Eltern ggf. keinen Betreuungsplatz für ihr dreijähriges Kind bekommen. Auch die Betreuung von über dreijährigen Geschwisterkindern in derselben Einrichtung ist mitunter nicht mehr sichergestellt. Die JU NRW setzt sich für ausreichende Plätze mit einem bedarfsgerechten Stundenkontingent in Wohnortnähe in Bezug auf jede Betreuungsform ein. Hier müssen das Land und der Bund einen weiteren Fördertopf einrichten, um die Betreuungsform des U3 Anspruches weiter auszubauen und um die Kommunen zu entlasten. 24-Stunden-Kitas sind nach Auffassung der JU ein wichtiger Beitrag zur echten Wahlfreiheit, können jedoch dauerhaft keine Alternative zur elterlichen Betreuung darstellen. Für Familien die keinen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, soll ein Familienunterstützungsgeld gezahlt werden.

Auch weitere Anforderungen an Betreuungseinrichtungen steigen ständig, während die finanzielle Ausstattung seitens der Landesregierung unauskömmlich ist. Die Neuregelung der

Sprachförderung oder die Einzelintegration von Kindern mit Behinderung sind Aufgaben, die Erzieherinnen und Erzieher neuerdings zu bewältigen haben. Dafür dringend benötigtes zusätzliches, qualifiziertes Fachpersonal wird durch die NRW Landesregierung nicht zur Verfügung gestellt. Der gesetzlich vorgeschriebene Betreuungsschlüssel wird oftmals ohnehin nur auf dem Papier eingehalten: Bei Krankheit oder anderen Ausfällen ist selten Ersatz da. Hinzu kommen ein zunehmender wirtschaftlicher Druck und übertriebene bürokratische Anforderungen wie nicht praxistaugliche Dokumentationspflichten und Antragsverfahren, die von den eigentlich im Vordergrund stehenden individuellen Bedürfnissen der Kinder und Familien ablenken.

Die JU NRW steht für einen bedarfsgerechten Ausbau der flexiblen Kindertagesbetreuung, die vom Gesetzgeber mit angemessenen Ressourcen ausgestattet wird. Erzieherinnen und Erzieher müssen ihrer anspruchsvollen Aufgabe entsprechend bezahlt werden, um die Attraktivität des Berufsbildes zu steigern. Der Personalschlüssel muss so gestaltet sein, dass eine hochwertige Betreuung der Kinder sichergestellt ist, die auch die Bedürfnisse der Eltern erfüllt. Dazu gehören insbesondere auch ausreichende Betreuungsmöglichkeiten in Tagesrandzeiten. Vielen berufstätigen Eltern wird nur unzureichend geholfen, wenn das Maximalangebot täglich um 16.30 Uhr endet. Über Tagesrandzeiten hinaus stellen für Familien auch häufig Ferienzeiten, gerade durch die Kopplung von Schulferien an Ferienzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen, ein Problem dar. Auch hier gilt es Lösungen zu finden. Dieselben Maßstäbe sind auch an die Betreuungseinrichtungen an Universitäten anzulegen – auch Studentinnen und Studenten müssen ihre Kinder gut aufgehoben wissen, damit sie Studium und Familie vereinbaren können. Zudem müssen bessere Programme gestaltet werden, die ungewollt schwangere Frauen in prekären Situationen unterstützen, ihr künftiges Kind aufzuziehen. Diese Unterstützung soll den Müttern finanziell, medizinisch und sozial helfen und als Alternative zur Abtreibung dienen. Um die Kommunen zu entlasten und die Trägervielfalt zu gewährleisten, ist es sinnvoll, Kindertagesstätten vermehrt von freien Trägern betreiben zu lassen. Hier gilt es zu ermöglichen, dass städtische Einrichtungen auf freie, insbesondere kirchliche Träger übertragen werden können, ohne dass die Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen in Frage gestellt wird. Die Kommunen dürfen bei der Kinderbetreuung nicht alleine gelassen werden. Hier ist eine bessere finanzielle Unterstützung durch das Land notwendig. Hier sieht die JU NRW aber auch die einzelnen Kommunen in der Pflicht, durch Gespräch und Angebote für freie Träger attraktiver bei Ausschreibungen, baulichen Qualifizierungen und Folgefinanzierungen zu sein. Die von der Bundesregierung geplante Ausweitung des Mutterschutzes auch auf Studentinnen

und Schülerinnen mit entsprechenden Befreiungsmöglichkeiten bei Klausuren, Pflichtveranstaltungen und Anrechnung auf die Regelstudienzeit begrüßt die JU NRW ausdrücklich.

Als ebenso wichtig erachtet die JU NRW die Einbeziehung weiterer Akteure in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Jedes Kind, das in einer Betriebskindertagesstätte betreut wird, benötigt keinen Platz in einer staatlichen Einrichtung. Zudem kann das Angebot angepasst an die Arbeitszeiten, erforderlichenfalls im 24h-Betrieb, vorgehalten werden. Die JU NRW fordert die Entwicklung einer familienfreundlichen Unternehmens- und Arbeitgeberkultur, denn diese nutzt allen Beteiligten: der zunehmend überalterten Gesellschaft, die dringend mehr Kinder braucht, den jungen Familien, die Unterstützung im Alltag benötigen und den Arbeitgebern selbst. Denn wenig fördert Motivation, Kreativität, Identifikation und Leistungsvermögen so sehr wie zufriedene, beteiligte und ernst genommene Mitarbeiter. Es liegt deshalb auch im Interesse der Arbeitgeber, Familienfreundlichkeit zu ihrem Markenzeichen zu machen. Hier sollte insbesondere auf die steuerlichen Vergünstigungen, die sich Arbeitgebern und -nehmern bieten, hingewiesen bzw. darüber aufgeklärt werden.

Auch der reibungslose Übergang der Kinder in die Schulzeit spielt für junge Eltern eine entscheidende Rolle. Offene Ganztagschulen (OGS) können hier ein Angebot für alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen machen. Entscheidend für das Gelingen eines qualitativ hochwertigen Angebotes an Offenen Ganztagschulen ist die intensive Zusammenarbeit zwischen Schulen und Partnern aus der Kinder- und Jugendhilfe, sowie aus dem Vereinswesen. Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen von Schule und Jugendhilfe verfolgen beide Systeme in der Kooperation das gemeinsame Ziel, Bildung, Erziehung und Betreuung für junge Menschen zu organisieren, qualitativ gute Angebote zu entwickeln und individuelle Förderung zu ermöglichen.

Bisher wird die Ausgestaltung der OGS durch einen Erlass geregelt. Die JU NRW fordert, dass endlich der §9 des Schulgesetzes NRW ausgestaltet wird, um flächendeckend einheitliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten und einen bedarfsgerechten Ausbau landesweit zu finanzieren. In diesem Gesetz sind die Kriterien Personalschlüssel, Personalqualifikation, räumliche und sachliche Ausstattung, wünschenswerter Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie örtlichen Vereinen, Kirchen, usw. und die Finanzierung inklusive der Dynamisierung von Personalkosten zu regeln. Wenn eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt ist, ist die bisherige Notwendigkeit der möglichen Kapitalisierung von

Lehrerstellen einzustellen. Dadurch wird eine engere Verzahnung von Schule und Offenem Ganztage gewährleistet.

Darüber hinaus ist im OGS-Bereich sicherzustellen, dass die Eltern in einem vertretbaren Rahmen sowohl über die Dauer des Besuchs flexibel entscheiden können, als auch das Tagesrandzeiten abgedeckt werden. Für Teilzeitbeschäftigte Eltern ist die verlässliche Betreuung bis 13:00 Uhr wichtig, für andere berufstätige Eltern der Schulbeginn jedoch schon zu spät und wieder andere benötigen eine Betreuung über 16:00 Uhr hinaus.

Für eine moderne Kinderbetreuung müssen auch andere Instrumente in den Fokus der Politik gerückt werden. In Zeiten der Digitalisierung sind Homeoffice-Lösungen, flexible Arbeitszeiten und Jobsharing-Modelle probate Mittel, die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung, Studium und Beruf zu ermöglichen. Wichtig ist, dass das Arbeitsmodell nicht zum Karriereförderer oder -killer erhoben wird. Hier sollten gerade auch unsere kommunalen Verwaltungen und der gesamte öffentliche Dienst auf allen Ebenen mit gutem Beispiel voran gehen.

Die JU NRW fordert daher mehr Möglichkeiten für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit für Eltern, sofern keine wesentlichen betrieblichen Gründe entgegenstehen. Es sollte arbeitsrechtlich wie auch kulturell – wenn Betriebsabläufe dadurch nicht behindert werden – selbstverständlich sein, dass Eltern ihren Arbeitstag familientauglich strukturieren können, um in dieser wichtigen Lebensphase die Entwicklung der Kinder maßgeblich prägen zu können. Wichtig ist, eindeutige Regelungen zu schaffen, um langwierige Entscheidungsprozesse und Einzelfallentscheidungen zu vermeiden.

b) Elternzeit etablieren

Elternzeit und Elterngeld sind wesentliche Instrumente zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie werden bereits jetzt häufig in Anspruch genommen – von Müttern, aber immer mehr auch von Vätern. Die JU NRW sieht es als politische Aufgabe, für Maßnahmen zu sorgen, welche die Inanspruchnahme von Elternzeit nicht nur gesetzlich, sondern auch kulturell etablieren.

Das derzeit meist frequentierte Elterngeldmodell ist jenes, in dem Mütter 12 Monate Elterngeld beziehen und Väter zwei Monate. Um auch jenen Eltern bessere Möglichkeiten zu bieten, die ihr Kind auch nach dem ersten Lebensjahr noch nicht betreuen lassen möchten, fordert die JU NRW die weitere Flexibilisierung und Ausweitung des Elterngeldes. Schon das seit dem 1. Juli 2015

mögliche ElterngeldPlus geht in die richtige Richtung und macht es Müttern und Vätern leichter, Elternzeit und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren. Die JU NRW plädiert für eine Gewährung des Elterngeldes in den ersten 36 Lebensmonaten des Kindes, wobei in den ersten 12 Monaten 65 Prozent des wegfallenden Einkommens substituiert werden sollten, in den darauffolgenden 24 Monaten 50 Prozent. Diese 36 Monate sollten beide Elternteile flexibel untereinander aufteilen können; eine Teilzeittätigkeit bis zu 30 Wochenstunden soll weiterhin möglich sein.

c) Beitrags- und Steuergerechtigkeit

Die Förderung von Familien muss sich auch im Steuerrecht deutlicher niederschlagen. Die JU NRW fordert daher die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Einführung eines Familiensplittings, bei dem jedes Kind, für welches ein Kindergeldanspruch besteht, gemeinsam mit den Eltern veranlagt wird und zu einer entsprechenden Reduzierung der Steuerlast nach der gleichen Systematik wie beim bisherigen Ehegattensplitting beiträgt.

Zudem fordert die JU NRW, Eltern, in Abhängigkeit der Kinderzahl, gegenüber Kinderlosen auf der Beitragsseite in der Renten- und Krankenversicherung, zukünftig zu privilegieren. In der derzeitigen Beitragsbelastung liegt eine zentrale und häufig übersehene Ursache für die Armut von Familien.

Im Bereich der Einkommensbesteuerung fordert die JU NRW ferner, die bereits bestehenden Freibeträge für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen auszuweiten. So werden diese Dienstleistungen gefördert, Schwarzarbeit vermieden und berufstätige Eltern entlastet. Zudem sollen Kinderfreibeträge sowie die Behinderten- und Pflegepauschbeträge angehoben werden.

Es gibt heute immer mehr kleine, erfolgreiche Unternehmen, die von Frauen geleitet werden. Für diese Unternehmerinnen besteht hinsichtlich der staatlichen Unterstützung für Mütter ein besonderer Nachholbedarf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Unternehmerinnen durch ihre Tätigkeit einer besonderen Belastung ausgesetzt sind. Ferner tragen sie oft ein besonderes wirtschaftliches Risiko. Die Forderung nach der Ausweitung des Elterngeldes spielt daher hier eine besondere Rolle. Anders als bei Angestellten sollte das Elterngeld für werdende Mütter hier aber bei Krankheit bereits ab dem vierten Monat und für Mütter, die ab Schwangerschaftsbeginn einem Berufsverbot unterliegen, sofort geleistet werden. Dies ist

damit zu begründen, dass die Absicherung im Krankheitsfall für Unternehmerinnen häufig deutlich von der von Angestellten abweicht.

Viele Mütter haben aufgrund von Vorerkrankungen oder finanziellen Startschwierigkeiten kein Krankentagegeld oder das Krankentagegeld umfasst keine Leistung bei Schwangerschaft. Zum Schutz des ungeborenen Kindes und zur existenziellen Sicherung der Mutter ist ein solcher Schutz zwingend zu schaffen.

Zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Aufrechterhaltung des Unternehmens müssen die Unternehmen ggf. eine Ersatzarbeitskraft einstellen, um die Arbeitskraft der Inhaberin für eine gewisse Zeit zu ersetzen. Besonders wichtig ist dieses in den Gebieten, in denen nicht genug Betreuungsplätze für unter drei jährige Kinder gegeben sind. Dies sollte staatlich unterstützt werden. Die Unterstützung kann dabei auch durch eine Vereinfachung des Verwaltungsaufwands erfolgen. So könnte eine Förderung zur Einstellung eines vorübergehenden Meisters geschaffen werden.

Weiterhin fordern wir, dass vor allem in der Kinderbetreuung Vorteile für Selbständige Frauen geschaffen werden. Eine bevorzugte Vergabe von Plätzen an die Kinder von Selbstständigen, vor allem in der U3-Betreuung, kann ein Ansatz sein.

Viele Frauen sind in kreativen Berufen als Gründerinnen aktiv. Dies bedeutet oftmals, dass keine großen Unternehmensstrukturen vorhanden sind und in sogenannten Coworking Spaces gearbeitet wird. Hier muss das Betreuungsangebot deutlich verbessert werden und solche Coworking Spaces besonders gefördert werden, die hier ein Angebot zur Verfügung stellen.

Alle diese Maßnahmen kommen nicht nur dem Schutz der Familie zugute, sie dienen auch dem Erhalt des Unternehmens und folglich auch der Arbeitsplätze.

Schließlich steht die JU NRW für eine Implementierung der Familienfreundlichkeit als Kerngedanke auf allen öffentlichen Ebenen. So sollten auf kommunaler Ebene etwa reduzierte Müllgebühren für eine Windeltonne oder vergünstigte Familientarife im ÖPNV und anderen Einrichtungen (z.B. Schwimmbäder, Musikschule, Bücherei) unabhängig von der Anzahl der eigenen Kinder eine Selbstverständlichkeit sein. Daher sollten die Kommunen noch mehr angehalten werden, vom Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) der Bundesregierung Gebrauch zu machen, um eine Förderung von Kindern und Jugendlichen gerade im sozialen, kulturellen und Bildungsbereichen sicherzustellen. Eine generelle Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten

lehnt die JU NRW dagegen vor dem Hintergrund der schon bestehenden sozial gestaffelten Beitragsstrukturen ab, aber die Förderquote für Kita-Plätze liegt bereits in einem angemessenen Bereich. Eine 100-Prozent-Förderung würde, insbesondere bei der U3-Betreuung, die Kita-Betreuung einseitig gegenüber einer privaten Betreuung bevorzugen. Dies widerspricht dem Grundgedanken einer echten Wahlfreiheit. Aus den gleichen Gründen fordern wir die Wiedereinführung des Betreuungsgeldes aus Landesmitteln, um den wertvollen und wichtigen Beitrag der Kinderbetreuung in der Familie auch finanziell zu würdigen.

d) Gesellschaftliche Einstellung

Finanzielle und materielle Förderung alleine werden die kritische demographische Entwicklung nicht abwenden. Der teils vorhandene egoistische Individualismus, der Kinder als zu teuer und schadend für die Karriere und für den Spaß am Leben darstellt, stellt unsere Gesellschaft vor einem viel größeren Problem. Der Staat muss seinen Bürgern helfen zu verstehen, dass Kinder glücklich machen und der Welt nützen. Ein gesunder Patriotismus wird das Pflichtbewusstsein fördern, dass man nicht nur für sich lebt, sondern auch für seine Gemeinschaft und sein Land. Die Deutschen müssen wieder Lust auf die Zukunft ihrer Nation und somit Lust auf Kinder haben.

Kampagnen sollen diese Lust auf Kinder wecken, dabei soll das Pflichtbewusstsein für das Vaterland und die Freuden, die Kinder bedeuten, angesprochen werden. Neben den Kampagnen sollte offen in den Schulen besprochen werden, dass Kinder wichtig sind. Den Menschen muss so früh wie möglich die Angst vor Familiengründung und vor dem „Kinderbekommen“ genommen werden.

4. Fazit

Die dargestellten Maßnahmen können aus Sicht der JU NRW maßgeblich zur Entschleunigung der Rushhour des Lebens und daraus resultierend zur Steigerung der Geburtenrate beitragen. Damit erweist sich die Familienpolitik als wichtiger Parameter im Umgang mit dem demografischen Wandel und bietet Chancen, den Generationenvertrag langfristig einhalten zu können. Generationengerechtigkeit drückt sich auch durch eine intensive und fördernde Familienpolitik aus.